

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 13 (1933-1934)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Politische Rundschau

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

lich auch getan — oft an sie denken müssen. Es war nicht notwendig, Übereinstimmungen zu zeigen zwischen denjenigen Fragen, die einst Pestalozzi bekümmerten und denjenigen, die heute die Sorge der Besten unseres Landes sein müssen. Diese Übereinstimmungen sind zu deutlich. Brauchten nicht auch wir Hunderte, die rufen: Volk, wir wollen dir aufhelfen? Täten uns nicht Tausende not, die erklärten: wir denunzieren uns selbst als parteiisch für das Volk. Nicht für eine Partei, nicht für die Bauern allein, nicht für die Arbeiter allein, nicht für den Mittelstand allein, nicht für das Unternehmertum allein, sondern für das gesamte Volk unserer Heimat! Sind wir stets bereit, unserm Volke und unserer Heimat zu dienen, auf daß Pestalozzis Wort „Der Schweizer ist der geborene Soldat seines Vaterlandes“ wahr bleibt?

Ich habe vor kurzem jungen Schweizern Stellen aus Pestalozzis sozialpolitischen Werken vorgelesen, sie waren alle erstaunt über die Lebendigkeit und Gegenwartsfrische von Pestalozzis Gedankengängen. Dies also war Pestalozzi, jetzt verstehen wir, warum wir Schweizer auf ihn stolz sein dürfen, sagten sie. Ein junger Arbeitsloser erklärte: Dieser Mann müßte heute leben.

Liebe Pestalozzigemeinde! Lebt Pestalozzis Geist nicht unter uns? Kann seine Liebe zum Volke nicht auch jederzeit in uns erweckt und gestärkt werden? Sicherlich! Ein Versuch dazu möchte auch dieser Vortrag sein, wahrlich ein unzulänglicher, der allein den Anspruch machen darf, aus echter Liebe und Begeisterung für unsren großen Lehrmeister und Führer Heinrich Pestalozzi entstanden zu sein — und auch aus Liebe zu dem selben Volke, das er einst so innig geliebt.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

### Eine naive Botschaft. / Nationale Erneuerung.

Am 22. März 1933 erschien die „Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Beteiligung der Schweiz an der Hilfsaktion von 1932 zugunsten Österreichs“. In aller Eile haben die verschiedenen Fraktionen der eidgenössischen Räte in zustimmendem Sinne Stellung dazu genommen. Der Ständerat hat die Vorlage bereits am 4. April 1933 mit 25 gegen 8 Stimmen gutgeheißen, und eine zustimmende Mehrheit scheint auch im Nationalrat auf Grund der bisherigen Besprechungen in den Parteien als gesichert.

In den „Schweizer Monatsheften“ ist schon öfters von dieser bedenklichen Angelegenheit die Rede gewesen. (Vergl. August 1932, Seite 243 und 275 sowie Februar 1933, Seite 552.) Ein Hinweis auf die jüngste Entwicklung mag daher an dieser Stelle genügen.

Um die Jahreswende schien es, als ob der Beteiligung der Schweiz an der geplanten „Hilfsaktion“ ernsthafte Widerstände erwüchsen. Man sprach damals

noch von 12 Millionen Schilling. Die Höhe dieses Betrages aber weckte angesichts unseres eigenen Defizites Bedenken. Ferner bestanden zwischen der östschweizerischen und vorarlbergischen Stickereiindustrie ernsthafte Spannungen, die trotz allen Bemühungen damals durch einen Staatsvertrag mit Österreich noch nicht hatten beseitigt werden können. Und endlich waren in Paris die politischen Hintergründe der ganzen „Hilfsaktion“ einmal eindeutig klargestellt worden. Herriot und Paul Boncour hatten, um in der französischen Kammer und im Senat die Mehrheit für die Vorlage zu gewinnen, offen zugestanden, daß es sich für Frankreich bei der Beteiligung an dieser sogenannten Bölkerbundaktion vorzüglich darum handle, die durch das Anleihensprotokoll von 1922 über Österreich für die Dauer von 20 Jahren begründete politische Verbundshaft für weitere 20 Jahre sicherzustellen, um damit alle Anschlußpläne und Zollunionsprojekte zwischen Deutschland und Österreich im Keime zu ersticken. Auf diese Eröffnungen wurden an vielen Orten Bedenken gegen eine schweizerische Beteiligung an der Hilfsaktion laut, und selbst die N. Z. Z., deren Bericht vom 22. März 1933 von diesen Dingen merkwürdigerweise nichts mehr weiß, bemerkte noch am 6. Januar 1933 in Nr. 30, daß „eine Ablehnung des Lausanner Protokolls durch die Schweiz sich nach der Lage der Dinge fast aufdränge“.

Inzwischen scheint man jedoch im Bundeshaus und in der Presse das alles wieder vergessen zu haben. Vor allem hat man sich bemüht, die finanziellen Bedenken gegen die Beteiligung aus dem Wege zu räumen. Der schweizerische Vorwurf an Österreich wurde von 12 Millionen auf 8 Millionen Schilling, bezw. Fr. 5,834,086 und 40 Rappen beschränkt. Die schweizerische Beteiligung wurde ferner vom Abschluß eines Stickereiabkommens abhängig gemacht, das inzwischen zustande kam und wie es heißt, die Beteiligten befriedigen soll. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn es sich um eine rein geschäftliche Abmachung zwischen der Schweiz und Österreich allein handeln würde. Die Leiter der schweizerischen Außenpolitik verfolgten damit jedoch ein anderes Ziel. Ihre Taktik ging dahin, durch Beschwichtigung der finanziellen Bedenken und den Hinweis auf ein gutes Geschäft wie den Appell an Sentimentalität und Solidaritätsgefühl (Bölkerbund!) die politischen Gefahren der ganzen Hilfsaktion zu verschleiern. Seit Jahrhunderten packt man ja die Schweizer am besten von der Geldseite her. Jene aber, die diesen Lockungen widerstehen, gewinnt man durch Biederkeit und Mitgefühl. So sind die politischen Interessen der Schweiz schon ungezählte male geopfert worden. Und so geschieht es heute wieder.

Sichtbar wird diese Taktik, wenn man die Verhandlungen der Bundesversammlung über diesen Gegenstand verfolgt. Die Entrüstung darüber, daß der Schweiz politische Handlangerdienste zugunsten einer Großmacht zugemutet werden sollen, ist mindestens bei den offiziellen und offiziösen Stellen längst wieder abgeslaut. Von politischen Bedenken gegen die „Hilfsaktion“ hört man in der Presse und im Parlament kein Wort mehr. Und der Bundesrat hat gar eine Botschaft erlassen, die den Anschein erweckt, als ob es sich um die Beteiligung an einem harmlosen Wohltätigkeitsbazar handelte. Ein Dokument, das verdient, tiefer gehängt zu werden.

Die erwähnte bundesrätliche Botschaft, die die Unterschrift von Bundespräsident Schultheß trägt, weiß vom Spiel der Großmächte um Österreich nichts. Es handelt sich, nach jenem Texte, lediglich um „die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufrichtung Österreichs“. Daß der neue Rumpfstaat Österreich überhaupt noch nie recht auf seinen eigenen Beinen stehen konnte, ist der Leitung unserer Außenpolitik offenbar entgangen. Der bundesrätliche Bericht hält die schweizerische Beteiligung aus drei Gründen für wünschenswert. Zunächst, um den finanziellen Zusammenbruch Österreichs zu verhindern, der vermutlich „Europa in ernste politische und diplomatische Schwierigkeiten stürzen würde, sodaß der

Friede bedroht wäre". Ob sich diese Schwierigkeiten allein durch erneute finanzielle Zuschriften beheben lassen und welches ihre Gründe seien, wird natürlich nicht untersucht. Dann folgt als zweites Argument (wir zitieren wörtlich): „Die Tatsache, daß es einen Völkerbund gibt“. „Was soll man“, so schreibt der Bundesrat, der von dem kläglichen Versagen des Völkerbundes im chinesisch-japanischen Konflikt offenbar noch nichts zu hören bekam, „von einem Völkerbunde halten, der sich um das Los seiner Mitglieder nicht kümmern wollte?“. Erst in dritter Linie handelt dann die Botschaft von den wirtschaftlichen Rückwirkungen eines finanziellen Zusammenbruches unseres östlichen Nachbarn sowie dem politischen Interesse der Schweiz am Bestande eines selbständigen österreichischen Staates. Darüber läßt sich wohl ernsthaft reden. Aber leider weicht die Botschaft gerade hier, wo die wirklichen Zusammenhänge der europäischen Politik und ihre Auswirkungen einmal klar gestellt werden müßten, jeder deutlichen Aussprache aus und endet dann in der farblosen Feststellung: „Aber selbst wenn die Hoffnung (auf die Rettung Österreichs durch die Finanzaktion) sich nur zum Teil (!) verwirklichen sollte, werden wir nichts zu bereuen haben. Wir werden getan haben, was die politische Einsicht gebietet“. (Seite 8 der Botschaft.)

Da der Bundesrat sich ausdrücklich auf seine „politische Einsicht“ beruft, so sei die Frage erlaubt, worin denn gerade diese Einsicht zu finden sei? Vielleicht darin, daß er das, was er wohl wissen muß, dem Volke und seinen Räten verschweigt? Es wird doch niemand im Ernst behaupten wollen, daß man im Departement des Äußern nicht genauen Bescheid über die Pläne Frankreichs in dieser Sache weiß. Pfeiffen es doch die Späßen von allen Dächern. Ein fahrlässiger Irrtum ist somit ausgeschlossen. Wohl aber können wir dem Bundesrat den Vorwurf bewußter Irreführung nicht ersparen, denn es ist unseres Erachtens die Pflicht einer Regierung, die die Verantwortung für eine Entscheidung nicht selbst zu tragen hat, sondern diese auf die Volksvertreter abwälzen kann, diesen alle Vor- und Nachteile, die eine Vorlage mit sich bringt, gewissenhaft auseinanderzu setzen. (Will man das nicht — und es lassen sich gute Gründe dafür anführen —, dann verzichte man darauf, außenpolitische Entscheidungen dem Paramente zu überlassen.) In jedem Falle aber hat sich die Regierung vor eitler Schönsärberei zu hüten und darf es nicht der Opposition überlassen, ihre Fehler aufzudecken.

Solche Bedenken fechten den Bundesrat offenbar nicht an. Seine Vorlage setzt sich über die politischen Einwände, die ihr seit langem entgegengehalten worden sind, mit Stillschweigen einfach hinweg. Man beruhigt sich bei der Feststellung, daß die Schweiz das Lausanner Anleiheprotokoll nicht mit unterzeichnet habe und darin auch nicht ausdrücklich als Geldgeberin erwähnt werde. Rechtliche Bindungen zwischen der bündesrätlichen Vorlage und dem Lausanner Protokoll fehlen. Was will man da mehr?

Doch die Politik verfügt über feinere Mittel. Es gibt politische Bindungen, die von keinem Juristen paragraphiert worden sind. Sie scheinen uns nicht minder gefährlich. Bundesrat Motta hat im Ständerat ausdrücklich auf diese unsichtbaren Bindungen hingewiesen, indem er einem sozialistischen Verschiebungsantrage (Klöti) entgegenhielt, die Schweiz könne mit der Durchführung der Hilfsaktion nicht länger zuwarten, „ohne von den guten politischen Geflogenheiten abzuweichen“.

Es sind also offenbar nicht die in der Botschaft aufgezählten herzlich harmlosen Erwägungen, die den Bundesrat veranlassen, auf eine beschleunigte Annahme seiner Vorlage zu drängen. Die ganze „Hilfsaktion“ kann nur im Rahmen der europäischen Politik verstanden werden. Die Schweiz und Österreich befinden sich im Kreuzungspunkt zweier europäischer Machtssysteme. Deutschland sucht Verbindung mit Italien und Ungarn. Sein Weg führt über Österreich. Frankreich

aber kann den Zusammenhang mit seinen Verbündeten im Osten, der Kleinen Entente, nur wahren, indem es die Schweiz und Österreich zu einem neuen „Korridor“ verbindet, und zunächst einmal die Schweiz in seine Anleihenspolitik einbezieht, mit der es bereits Österreich gefangen hält. Die Schweiz wird sich unter Umständen ganz unerwartet starkem außenpolitischen Druck ausgesetzt sehen und es nicht leicht haben, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Sie wird sich weder mit der einen noch der andern Seite einlassen dürfen. Darum heißt es heute vor allem solche Verschleierungsversuche zu verunmöglichen.

Leider sind es nicht viele gewesen, die aufstunden, um diesen Dingen zu wehren. Nur wenige Beispiele sind geeignet, so deutlich darzutun, wie es mit der politischen Willensbildung in unserem Lande bestellt ist. Die Motive des Bundesrates sind für den Fernstehenden nur schwer erkennbar. Da die bündesträliche Botschaft so armselig ausgesessen ist, bleibt eigentlich nur die Annahme, es handle sich im wesentlichen um einen Alt kollegialer Solidarität, indem der Gesamtbundesrat sein Mitglied, Bundesrat Musy, deckt, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzfachverständigenausschusses des Völkerbundes für die Hilfsaktion für Österreich uns die ganze Sache wohl eingebrocht hat.

Bedenklicher scheint die Stellungnahme der Parteien. Die katholisch-konservative Fraktion ist in der glücklichen Lage, mit ihrer Zustimmung nicht nur ihrem Finanz- und Außenminister, sondern auch ihren österreichischen Parteigenossen, die zur Zeit keinen leichten Stand haben, einen Dienst zu erweisen. Für die Sozialdemokratie aber sind es ausschließlich parteipolitische Rücksichten, die ihr Handeln bestimmen. Das kam aus dem Antrage Klöti deutlich zum Ausdruck, der es gerne gesehen hätte, wenn die Entscheidung um 3 Monate aufgeschoben worden wäre, in der Hoffnung, daß bis dann die innenpolitische Lage in Österreich etwas geklärt werde. Offenbar wäre es ihm peinlich, wenn in Wien an Stelle eines „Sozi“ ein „Nazi“ für die schweizerischen Millionen quittieren würde. Das protestantische Bürgertum aber, vorab der Freisinn, ist auch in diesem Punkte gespalten und wieder einmal mehr zur Ohnmacht verurteilt. Immerhin sei festgestellt, daß sich unter den 8 ablehnenden Stimmen im Ständerat, außer dem Sozialdemokraten Klöti, 7 Freisinnige befanden, darunter drei welscher Zunge (Beguin, Charmorel, Bosset, Bölli, Keller, Thalmann und Wettstein).

Vermutlich wird die Hilfsaktion beschlossene Sache sein, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen. Uns bleibt nur die unerfreuliche Feststellung: das also ist schweizerische Politik!

\* \* \*

Wird es noch lange so weiter gehen?

Es sieht nicht darnach aus. Hundert Zeichen sprechen für eine Änderung, die vielleicht rascher kommen wird, als man das heute ahnt. Seit dem Umsturz in Deutschland ist ein Monat vergangen. Allmählich wird es immer deutlicher, daß der „Nationalen Revolution“ in Deutschland auch für unsere schweizerische innenpolitische Entwicklung ganz hervorragende Bedeutung zukommt. Die Schweiz kann sich dem geistigen Umschwung, der Faschismus und Nationalsozialismus trägt und heute als europäische Angelegenheit betrachtet werden muß, nicht entziehen. Das ist angesichts der kulturellen Beziehungen, die unser Land mit seinen Nachbarn verbinden, kein Wunder. Vor allem im Zeitalter einer so rührigen Rundfunkpropaganda, wie sie Herr Goebbels in Berlin betreibt.

Die R. B. B. ist allerdings anderer Meinung. „Um nunmehr säkularen Genuss ausgedehnter Volksrechte und der Pressefreiheit ist uns allerdings die demokratische Staatsidee und Staatsführung derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir uns in andere Formen staatlichen Lebens schlechtdings nicht hineinzudenken vermögen“ (Nr. 466 vom 16. März 1933). Diese für die schweizerische offizielle Partei- und Regierungsresse typische

Auferung, wie die Stellungnahme jener Kreise zu den Ereignissen in Deutschland, erfolgt in einem geradezu auffälligen und kennzeichnenden Widerspruch zu vielem, was heute in unserm Volke geschieht. Es gibt eine sichtbare Kluft zwischen Volk und Parteien. Dieses Spannungsverhältnis wird für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein.

Es gibt in der Schweiz heute eine nationale Volksbewegung, die mit Faschismus und Nationalsozialismus sehr vieles gemein hat und doch ihre eigenen schweizerischen Wege geht. Noch äußert sie sich in zahlreichen vereinzelten und voneinander unabhängigen Kundgebungen. Überall sind in den letzten zwei Jahren neue unabhängige politische und kulturelle Gruppen entstanden (Neue Front, Nationale Front, Eidgenössische Front, Schweizer Heimatwehr, Ordre et Tradition, Ordre Politique National, Cercle Fédéraliste u. a.). Weitere Gruppen entstehen fortwährend. Noch bilden alle diese Vereinigungen keine geschlossene Einheit. Die meisten sind sich aber des geistigen Zusammenhangs bewußt, der sie alle verbindet, und zwei der bedeutendsten Organisationen, „Neue Front“ und „Nationale Front“, haben sich in diesen Tagen daher zu einem gemeinsamen Kampfbunde zusammengeschlossen, der vor allem in der Nordostschweiz, insbesondere in den Kantonen Zürich, Aargau, Schaffhausen, Basel und Bern schon über ausgedehnte lokale und kantonale Organisationen verfügt. Bestrebungen, diesen Kampfbund auszudehnen, sind im Gange.

Kennzeichnend für die Volksstimmung, aus der alle diese Gruppen entstanden sind, ist wohl der Verlauf einer großen „Mittelstandskundgebung“, die in Zürich auf Sonntag, den 2. April durch eine sogenannte „Bewegung für nationale Erneuerung“ einberufen wurde, die von Vertretern des gewerblichen Mittelstandes getragen wird. Ungefähr 1500 Personen hatten dem Ruf zur Kundgebung Folge geleistet. Das Lokal, die „Stadthalle“, war überfüllt. Nationalrat Joz aus Bern referierte. Er setzte sich für eine ständische Wirtschaftsordnung ein und erntete damit reichen Beifall. Dann aber ging die Stimmung der Versammlung recht bald über die Grenzen hinweg, die die Veranstalter ihr wohl hatten ziehen wollen. Man spürte es dem versammelten Volke an: es wollte nicht nur „beraten“, sondern war gewillt, seine Sache selbst in die Hände zu nehmen, selbst zu handeln und seine bisherigen Vertreter, die Parteien nicht mehr länger gewähren zu lassen. Ein Dutzend Kommunisten, die die Internationale anstimmten, wurden von harten Fäusten aus dem Saale geprügelt. Zwischenrufe fielen von verschiedenen Seiten. Grundton: Juden raus! Hände hoben sich zum römischen Gruß, und jeder Redner, der entschlossen auf Liberalismus und Marxismus einhieb, wurde mit Beifall überschüttet.

Ahnliches erlebt man heute in zahlreichen nationalen Verbänden, die fast alle, welches auch ihr Programm sei, in den letzten Wochen einen mächtigen Aufschwung genommen haben. Wo sich früher 20 Mann trafen, sitzen heute ihrer 200 versammelt. Und überall ist der Wille lebendig, mit jenen, die sich an der Volksgemeinschaft versündigt und die Nation geschnäht haben, sitzen sie nun links oder rechts, einmal gründlich abzurechnen. Kein Zweifel: Der Nationalsozialismus ist heute in der Schweiz als Stimmung eine Tatsache, wenn auch nicht als Organisation und nicht in seinem deutschen Gewande.

Wer die Schweiz nach der offiziellen Parteipresse beurteilt, der wird allerdings zu andern Schlüssen kommen. Denn dort bietet sich dem Beschauer ein ganz anderes Bild. Handelt es sich nämlich um die Beurteilung deutscher Dinge, so stoßen wir in der ganzen Parteipresse, von den Kommunisten bis zu den Freisinnigen, auf eine bis auf wenige Ausnahmen erstaunlich geschlossene Einheitsfront. Über die Haltung der Moskowiter wird sich

ja niemand wundern, wohl aber über jene bürgerlichen Blätter, die zwar in der Schweiz die Marxisten bekämpfen, sobald es sich aber um Deutschland handelt, ihren eigenen Gegnern die Stange halten. In Leitartikeln der N. Z. Z. beispielsweise waren im vergangenen Monat oft Sätze zu lesen, die wohl in der Form etwas geschliffener waren, als jene der roten Presse, in denen im letzten Grunde aber dieselbe Gesinnung zum Ausdrucke kam. Hier einige Proben: „Die Hitlerleute haben, seit sie in der Regierung des Reiches sitzen, so ziemlich das Gegen teil von dem getan, was sie hätten tun müssen, wenn es ihnen darum zu tun gewesen wäre, das Vertrauen des Auslandes in ihre politischen Fähigkeiten zu erobern . . . man kann nur hoffen, daß die allerjüngsten und heftigsten Schläge auch die Verstöcktesten von der Hoffnunglosigkeit der nationalistischen Reaktion überzeugen werden“ (Nr. 448 vom 13. März 1933). In Nr. 484 vom 19. März wird dem guten Bürger bewiesen, es bestehe Gefahr, daß aus dem Ei des Nationalsozialismus bald der Nationalbolchevismus sich entwicke, und in diesem Zusammenhange behauptet man, das Ziel des Nationalsozialismus sei die „Unterjochung jeglicher individuellen Freiheit und Verstaatlichung des Wirtschaftslebens“. Oder der O-Korrespondent höhnt am 16. März 1933 in Nr. 466: „Das Programm Goebbels . . . zeigt rund und nett, wie es künftig mit der Gedankenfreiheit in Deutschland bestellt sein wird“. Diese Beispiele ließen sich seitenlang fortsetzen. Beweiskraft ist, daß es nach unserer Beobachtung vor allem die hiesigen Mitarbeiter der N. Z. Z. sind, die glaubten, durch hämische Ausfälle dartun zu müssen, daß sie turmhoch über dem gegenwärtigen Deutschland stünden, während andere, wie der älteste, seit Jahrzehnten bewährte Berliner korrespondent der N. Z. Z., sich durchaus vorurteilsfrei, ja anerkennend über die nationale Bewegung äußern. Die tiefsten Gründe für diese Haltung der N. Z. Z. verraten die „Glossen“ ihres Chefredakteurs in Nr. 520 vom 23. März 1933. „Wir Schweizer“, so lesen wir dort, „können nicht ohne eine gewisse Beklemmung konstatieren, daß politischer und wirtschaftlicher Nationalismus neue Fortschritte zu machen sich anschicken. Beide sind Antithesen zu unserer Staats- und Wirtschaftsführung“. Daß die N. Z. Z., und mit ihre jene Teile des Freisinns, den sie vertreibt, in nationalen Fragen unzuverlässig sind, wissen wir schon lange (Gasmasenkredit!). Daß aber ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Nation und schweizerische Staatsführung Gegenfäche sein sollen, darüber mußte uns erst die N. Z. Z. belehren. Vielleicht gilt das für jene schweizerischen „Staatsmänner“, die aus ihrer Redaktionsstube kommen, und die an die Schweiz als Nation, als Schicksalsgemeinschaft der Geschichte, des Blutes und der Interessen nicht glauben. Für uns gilt das jedenfalls nicht! Wir würden uns solcher Gesinnung schämen!

Der Chefredaktor der N. Z. Z. fragt am 16. März 1933 in Nr. 466, wann wohl in Deutschland „die Ablösung der Blasmusik“ durch praktische Arbeit erfolge? „Wir sind der Meinung, daß die Zertrümmerung der volksfeindlich-marxistischen Mächte durch die nationale Revolution wahrhaftig „praktische Arbeit“ sei. Wäre der N. Z. Z. und ihren Leitern je ähnliches mit ihren hiesigen Gegnern gelungen, sie würden sich wohl stolz in die Brust wersen. Doch dazu fehlt dort der Mut.“

Die Vorgänge in Deutschland wirken suggestiv. Weite Volkskreise in unserm Lande wollen es nicht mehr dulden, daß Leute und Parteien weiterhin in unserem Staate wirken, die bei jeder Gelegenheit öffentlich erklären, daß Land und Volk ihnen schnuppe sei, da sie sich der Internationale verschrieben haben. Sie empfinden jede liberale Toleranz den Verächtern des Vaterlandes gegenüber als blasse, lebensfremde Theorie. Der Ruf „Schützt die schweizerische Demokratie“, der Liberale und Marxisten heute eint, lockt sie nicht mehr. Sie fragen, mit welchem Rechte sich nun vor allem die Marxisten auf die Demokratie berufen, wenn sie schon ihre Grundlage, das Volk, nicht anerkennen. Und weiter fragen

sie sich, ob die nationale Bewegung, wie sie sie heute in Deutschland sehen, nicht im Grunde viel demokratischer, d. h. wirklich von der Mehrheit des Volkes getragen sei, als der schweizerische Parteienstaat?

Hier klafft der Abstand zwischen der offiziellen Schweiz und der Presse, Parteien und Regierungserklärungen einerseits und dem Volksempfinden andererseits. Wir haben die Vorgänge in der Zürcher Stadthalle und die Leitartikel der Neuen Zürcher Zeitung lediglich als die bedeutsamsten und typischen Beispiele für eine weitverbreitete Erscheinung erwähnt. Andere beizufügen siele uns nicht schwer. Tatsache ist, daß man die erwähnte Kluft heute manchenorts zu erkennen beginnt. (Sogar bei der N. Z. Z., wenn wir den mutigen Aufsatz von Konrad Falke in Nr. 630 vom 7. April 1933 als Zeichen einer solchen Wandlung deuten dürfen.) Aber — diese Einsicht kommt viel zu spät. Die geistige Umschichtung hat auch in unserem Lande ein Tempo angenommen, der eine „Rechtschwenkung“ allein nicht mehr zu genügen vermag. Politische Ansichten und Institutionen altern mit der Zeit. Erheischt diese einen Neubau, so kann kein Mensch und keine Verjüngungskur den Zusammenbruch des Alten hindern. Dann wachsen neue Gebilde mit Macht empor. Neue Männer und neue Gedanken werden den bisherigen den Platz streitig machen. Das ist es, was uns die nächste Zukunft bringt!

Zürich, den 9. April 1933.

Robert Tobler.

## Österreichisches Schicksal.

Die Entwicklung in Österreich nimmt den Verlauf, wie man ihn seit Jahren erwarten mußte und wie er in diesen Blättern schon wiederholt als unvermeidlich hingestellt wurde. Auch hier hat die Weltwirtschaftskrise den Stein ins Rollen gebracht. Haben darunter schon wirtschaftlich so kräftige Staaten wie Holland, Schweden oder unser eigenes Land so stark gelitten, so wurde natürlich ein wirtschaftlich von vornherein so verzweifelt gestellter Staat wie Österreich doppelt und vielfach verstärkt betroffen. Zu allem Überfluß wurde auch noch aus politischen Gründen von Frankreich her die österreichische Finanzwirtschaft angegriffen; um Österreich für das Zollabkommen mit Deutschland zu strafen, erfolgte von Paris aus ein scharfer Anfall gegen die ohnehin schwachen Finanzen Österreichs. Seither mußten diese mit vieler Mühe von den Großmächten immer wieder gestützt werden, ohne daß das etwas geholfen hätte. Nun hat auch die Schweiz diesem läblichen Zwecke 5 Millionen Franken zum Opfer gebracht; ich zweifle aber auch hier, ob das irgend einen Erfolg haben wird. Mit dem Zerfall der Finanzen hat das allgemeine wirtschaftliche Elend gleichlaufend zugenommen. Hohe Arbeitslosenziffern und keine Möglichkeit, diese Arbeitslosen einigermaßen zu unterhalten, das kennzeichnet heute die wirtschaftliche Lage Österreichs, unter deren Druck auch ein allgemeiner Abbau des kulturellen Gutes erfolgt.

Eine derartige Lage hat natürlich ohne weiteres die schwersten Auswirkungen auf die innerpolitische Gestaltung haben müssen. Die innerpolitische Lage war ja ohnehin in Österreich seit langem besonders unerfreulich. Bürgerliche und Sozialisten standen sich seit langem in ziemlich gleich starken Lagern gegenüber, beiderseits gestützt auf starke Parteiarmeen. Dabei ist die österreichische Sozialdemokratie stark links gerichtet, im Bürgertum aber macht die klerikale Partei den Hauptteil aus, neben der die früher so starken liberalen Gruppen schon eine recht klägliche Rolle spielen. Der stets unentschiedene Kampf der beiden Lager hat nun das politische Leben zu immer größerer Unfruchtbarkeit verurteilt, sodaß der politische Verlauf immer ausgesprochener wurde.

Das Ergebnis einer solchen Entwicklung ist die fast restlose Zerreibung der liberalen Mittelgruppen gewesen und gleichlaufend eine weitgehende Überzeugung

der bürgerlichen Wehrverbände. Den Vorteil aus dieser Entwicklung haben genau wie in Deutschland die Nationalsozialisten gezogen. Der nationalsozialistische Gedanke lebte ja in Österreich früher als in Deutschland, aber die Bewegung vermochte sich infolge schlechter Führung lange nicht recht zu entwickeln. In den letzten beiden Jahren hat er jedoch rapid Boden gewonnen, gerade wie in Deutschland. Es steht fest, daß heute Neuwahlen in Österreich das bisherige Bild der Parteien von Grund auf verändern und die bisherige Mehrheitsbildung vollständig unmöglich machen. Das weiß man allgemein, und deshalb ist heute die Furcht vor Neuwahlen in Österreich der beherrschende Faktor in der Innenpolitik geworden.

Daraus erklären sich die Versuche der jetzigen Regierung, energisch zu werden. Es erklären sich die Diktaturgelüste, die schließlich darauf hinauslaufen, das gegenwärtige System zu verewigen und auf jeden Fall die Nationalsozialisten unten zu halten. Wie lange das gelingen wird, das wird die Zukunft zeigen.

\* \* \*

Angesichts dieser ganzen Lage wird die Frage nach dem künftigen endgültigen Schicksal Österreichs wieder einmal brennend. Anschluß oder nicht, heißt diese Frage ganz kurz zusammengefaßt. Dazu nehmen nun nicht nur die Österreicher und die Deutschen, nicht nur die unmittelbar interessierten Nachbarn Österreichs Stellung, sondern die großen politischen Gruppen Europas insgesamt. Dabei kann man sagen, daß heute der Anschluß von allen Seiten bekämpft wird. Scharf dagegen ist die französische Gruppe, mit der Tschechoslowakei und Südslawien als Vorkämpfern und mit dem jederzeit verfügbaren Einsatz der ganzen französischen Machtmittel als Rückhalt. Frankreich und seine Anhänger machen keinen Hehl daraus, daß sie den Machtzuwachs Deutschlands durch den Anschluß Österreichs und das deutsche Festsezen im mittleren Donaubecken auf keinen Fall dulden wollen. Die Tschechoslowakei erklärt auch jederzeit, daß sie beim ersten Versuch zum Anschluß mit Heeresmacht in Österreich einrücken werde. Ganz ähnlich verhält sich die italienische Gruppe, da weder Italien noch Ungarn Deutschland als Nachbarn am Brenner oder am Neusiedlersee haben wollen. Auch von Italien aus wird erklärt, daß man bei einer politischen Veränderung in Österreich sofort dort einrücken werde, um die Alpenlinie ganz in die Hand zu bekommen.

Soweit arbeiten beide Gruppen gleichlaufend, aber in ihren Zielen sind sie natürlich denkbar verschieden. Die französische Gruppe möchte Österreich für eine künftige französische Gruppierung im Donauraum gewinnen, die die Verbindung zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien sichern und Italien vom Balkan absperren würde. Die italienische Gruppe will Österreich zur Herstellung einer Verbindung von Italien nach Ungarn und zur völligen Abrieglung Südslawiens benützen. Diese Pläne gehen bei Italien vielleicht auch noch weiter zur eigenen Machtausdehnung auf den Spuren des Imperium Romanum!

Bei diesem scharfen Widerstreit der Interessen wird Österreich der Tummelplatz ausländischer Einfüsse. Dr. Benesch verfügt bekanntlich in Wien über eine ganze Anzahl von Blättern zur Vertretung der tschechisch-französischen Interessen. Italien seinerseits unterstützt die Reste der österreichischen Heimwehren, deren politischer Kurs immer abenteuerlicher wird. Außerdem aber bereiten sich die lieben Nachbarn Österreichs ringsum eifrig vor, um bei Gelegenheit möglichst rasch Hand auf das Land legen zu können. Ein Beispiel dafür sind die starken motorisierten Truppenkörper Italiens im östlichen Venetien. Sie sind wohl bestimmt, schlagartig die Verbindung mit Ungarn herzustellen.

Das sind insgesamt merkwürdige Aussichten, die durchaus nicht nach Frieden aussiehen. Wir sehen auch hier, daß die Früchte von Versailles reifen und den Frieden Europas immer stärker bedrohen!

H e k t o r U m m a n n .

## Zeitgenössische Presse im Spiegel.

### information.

information. Ja nicht „Information“. Es kommt auf die Kleinschreibung an. Sie ist modern, radikal und infantil. Die Kleinschreibung. Nicht die „information“. Deren Formel ist komplizierter.

Seit Juni 1932 erscheinen die weißen Hefte dieser Monatsschrift. (Verlag: dr. oprecht und hessling a. g. zürich.) Untertitel: wirtschaft — wissenschaft — erziehung — technik — kunst. Das klingt sehr allgemein und sehr harmlos. Der Inhalt ist es weniger. Wenn wir die Mitarbeiterchaft analysieren, so stellen wir dieses fest: antifaschistische Italiener und Schweizer, kommunistische Deutsche, bolschewistische Juden, radikale Antimilitaristen und Pazifisten, gesinnungstüchtige inländische Marxisten, endlich Zeichner und Architekten aus dem Bauhauskreis, Corbusier- und Picassoanhänger, Surrealisten. Namen? Max Raphael und Ernst Toller, J. Silone und Adolf Saager, R. J. Hamm und Dr. Paula Bruppacher, E. J. Walter und Georg Schmidt, e. f. und Bill.

Lohnt es sich, den Ideen der „information“ kurz einige Aufmerksamkeit zu schenken? Es lohnt sich. Denn Werbekraft ist der Zeitschrift nicht abzusprechen. Nicht umsonst gehören ihrem Mitarbeiterstab einige der bekanntesten Reklamegestalter Zürichs an. So hat sie alle Chancen, mehr und mehr in die Kreise der Künstler und Akademiker einzudringen und dorin die Auffassung zu tragen, Kunst und Geist gedeihe einzig mehr in kulturbolschewistischer Färbung. Es kommt noch dazu: Georg Schmidt, der das korporative System schon in der N. Z. Z. bekämpft hat, rechnet im Märzheft auch in der „information“ mit ihm ab, damit aufs schönste erweisend, wie eng sich denaturierter Liberalismus und Marxismus berühren.

„Eine Kette von Illusionen“, so nennt Schmidt die Forderung eines berufsständischen Parlaments. Entscheidend sei die Realität des Großkapitals. „Ein berufsständischer Wirtschaftsrat derer, die heute im Vordergrund die Geräte machen, das Vieh züchten und die Lebensmittel verkaufen, wäre völlig machtlos, denn die wirkliche Macht liegt ganz wo anders. Für die wirtschaftlichen Entscheidungen des Kapitals aber braucht es keine beruflichen Kenntnisse“. Und ferner: „An den Grundtatsachen der heutigen Wirtschaftsreform ändert der Korporativismus nicht das geringste. Er mag sich noch so revolutionär gebärden, er ist das strikteste Gegenteil. Das ist überall dort evident geworden, wo man die illusionistischen Kulissen der Theaterbühne des berufsständischen Wirtschaftsrates bereits aufgestellt hat“.

Georg Schmidt hätte recht, wenn 1. die berufsständische Ordnung der Zukunft mit den Theaterkulissen etwa des bisherigen deutschen oder des französischen Wirtschaftsrates identisch wäre, 2. die technische und kapitalistische Konzentration in Zukunft ad infinitum so weiter ginge wie im letzten Menschenalter und 3. die berufsständische Ordnung in den heutigen liberalen Staat eingebaut würde.

Gerade hier aber, wo Schmidt aufhört, beginnt erst die Theorie und Diskussion einer korporativen Ordnung. Um zu erfassen, was sich hinter diesem leider schon zu einem äußerlichen Schlagwort gewordenen Begriff versteckt, muß man allerdings fähig sein, seine marxistischen Scheuklappen auf Augenblicke abzulegen. Man muß einsehen, daß die Wirtschaftsformen und Denkgewohnheiten des 19. Jahrhunderts, auch wenn sie unser Dasein heute noch stark bedingen, doch nicht unüberwindlich sind. Man muß hauptsächlich wegkommen von der lärmenden kau-salen Betrachtungsweise von Marx, der echt darwinistisch den blinden Gewalten der Materie alles und der schöpferischen Kraft des Menschen nichts zutraute. Nicht zuletzt deshalb, weil er einer Rasse angehörte, deren Begabung zu analytischer Durchdringung des Seienden zu allen Zeiten so groß war wie klein ihre Fähigkeit, Lebendiges und Zukunftsträchtiges zu schaffen! Wer auf den Marxismus heute

noch irgendwelche Zukunft aufzubauen sich vornimmt, der ist im Irrtum, der schwelgt in Illusionen! Und die Schweizer Künstler tun uns leid, die sich durch die „information“ versöhnen lassen, im russischen Kommunismus das Heil Europas zu erblicken. Man begreift ja, daß ein Architekt Rußland interessant findet, weil es ihm große Aufgaben stellen kann. Aber der Kommunismus bedeutet für Rußland etwas ganz anderes als er für uns bedeutet. Dort kann er aufbauen. Hier kann er nur niederreißen. Wenn er in Mittelasien aus dumpf dahindämmernden mohammedanischen Nomaden Radiobesitzer und Zeitungsleser macht, gut und schön! Vielleicht, daß sie glücklicher werden dabei. Auch die afrikanischen Neger grinsen, wenn sie zum erstenmal in Gehrock und Zylinder spazieren dürfen. Doch, was hat das mit unseren Nöten zu tun? Von unten herauf ist den Auswüchsen unseres Kapitalismus niemals beizukommen. Von innen und von außen muß er hierzuland überwunden werden: durch die beruhsständische Gliederung, die auch Mittel finden wird, um das Kapital wieder mit der Produktion zu verbinden, und durch den starken, hierarchisch gegliederten Staat, der, anstatt durch die wirtschaftlichen Mächte beherrscht zu werden, sie beherrscht!

Die „information“ ist ein Symptom. Ein Symptom für die völlige geistige Kompaßlosigkeit eines Teils unserer Künstler und Intellektuellen. Ein typisches Produkt der seelischen Verödung Zürichs! Diese Leute sind so vollständig entwurzelt, wie die ihnen entsprechenden Schichten in Paris, Berlin, London oder Ascona. Die Kraft der Überlieferung ist tot für sie. Volk ist ihnen ein unverständlicher Begriff. Sie kennen nur eines: Dynamit. Und da sie sie, außer im Autofanatismus, heute in Rußland am stärksten zu spüren vermeinen, so glohen sie wie hypnotisiert dort hinüber. Dabei vergessen sie gerne, daß ein siegreicher Kommunismus in Europa gerade mit ihnen, den Dekadentesten der Bourgeois, zuerst aufräumen würde. R. J. Humm schreibt im Novemberheft verzückt vom kürzlichen Bekenntnis Thomas Manns zum Sozialismus. Was beweist dies Bekenntnis? Es beweist nur, daß für diesen ichbezogensten aller Weltstädter endlich auch jene Stir de geschlagen hat, da er sich aus innern Gründen zu jenem blinden Kopfsprung in eine starre Ideologie gezwungen sieht, mit dem Subjektivistin früherer Zeiten jeweils bei der katholischen Kirche zu landen pflegten. Die Seiten haben sich nur ein bißchen geändert. Dem mit einer Jüdin verbundenen Norddeutschen liegt das marxistische Dogma näher als das römische. Es beweist ferner allerdings, daß der ewig schwankende Liberalismus bald endgültig erledigt ist. Daß man sich in Kürze überall entscheiden muß: so oder so.

Die „information“ will, wie sie redaktionell schreibt, dafür sorgen, daß „die zwischen den Parteien stehenden Intellektuellen nicht der Reaktion verfallen, sondern den Anschluß finden an die revolutionäre Arbeiterschaft“. Wenn der schweizerische Intellektuelle heute noch nicht einsieht, daß der marxistische Sozialismus seine Chance gehabt und nichts damit anzufangen gewußt hat, daß der asiatische Kommunismus in Europa aber absolut undurchführbar ist, dann darf er ruhig darauf verzichten, sich zum Intellekt zu bekennen. Die „information“ macht ihrem Namen Ehre. Sie informiert. Darüber nämlich, wie stark kommunistisch zersezt gewisse Kreise der zürcherischen Künstler und Akademiker sind.

Peter von Töbel.